

Geschäftsführung
Bezirksvertretung Uellendahl-
Katernberg

Es informiert Sie	Erika Wawersig
Telefon (0202)	563 24 35
Fax (0202)	563 81 11
E-Mail	Erika.Wawersig@stadt.wuppertal.de
Datum	04.10.2004

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Uellendahl-Katernberg (SI/3258/04) am 16.09.2004

Anwesend sind unter dem Vorsitz von **Bezirksvorsteher Hans-Joachim Lüpken:**

von der CDU-Fraktion

Frau Renate Bente, Herr Burkhard Josef Buse, Herr Daniel Eichler, Frau Heike Grüter, Herr Herbert Grüter, Herr Josef Maaßen, Herr Wolfgang Sacré, Herr Gerd Teichmüller,

von der SPD-Fraktion

Frau Rita Braunersreuther, Herr Stv. Guido Gehrenbeck, Herr Helfried Haarbeck, Herr Ulrich Ippendorf, Herr Winfried Schrahe,

von der FDP-Fraktion

Frau Charlotte Weillbrenner,

als beratende Mitglieder

Herr Stv. Dohmen, Herr Stv. Rösener,

Bezirksjugendrat

von der Polizei

Herr van Heynsbergen,

von der Verwaltung

Herr Walde und Frau Mortsiefer – R Stadtentwicklung und Stadtplanung, Herr Obstfeld – R Straßen und Verkehr.

Nicht anwesend sind:

von der SPD-Fraktion

Frau Gabriela Ebert , Frau Stv. Rosemarie Hundeshagen.

Schriftführerin:

Erika Wawersig

Beginn: 18:30 Uhr

Ende: 21:00 Uhr

Die **SPD-Fraktion** beantragt, TOP 5 – Bauleitplanverfahren Nr. 1004 – Nevigeser Straße / Am Eigenbach – bis zur ersten ordentlichen Sitzung der neu gewählten BV zu vertagen, da sich anschließend auch erst die neu zusammen gesetzten Ausschüsse und der neu gewählte Rat damit befassen würden.

Herr Walde stellt fest, dass diese Vorlage auf ausdrücklichen Wunsch der BV in der heutigen Sitzung vorgestellt werden solle. Es gebe allerdings keine zwingenden rechtlichen Gründe gegen eine spätere Behandlung in der neuen BV.

Die **CDU-Fraktion** spricht sich dafür aus, die Vorlage in der heutigen Sitzung zu behandeln, da sich diese BV seit langer Zeit mit dem Thema beschäftigt habe und auch die Fakten erfahren solle. Sie habe allerdings nichts gegen eine Beschlussfassung durch die neue BV.

Die **SPD-Fraktion** ist mit dieser Verfahrensweise einverstanden, wenn es heute keine abschließende Behandlung der Vorlage gebe.

Öffentliche Sitzung

1

Berichte und Mitteilungen

- 1.1 Wertstoffcontainer Bremer Straße
- Stellungnahme AWG

Frau Bente ist erstaunt, dass die Container ohne vorherige Information der BV versetzt worden seien. Sie bleibt dabei, dass der neue Standort zu Verkehrsbehinderungen bei der Leerung führe.

Die **SPD-Fraktion** pflichtet ihr bei.

- 1.2 Stadtentwässerung
- Stellungnahme WSW
- 1.3 Baumfällung Nevigeser Straße
- Stellungnahme R Grünflächen und Forsten
- 1.4 Rückschnitt von Bäumen
- Stellungnahme R Umwelt
- 1.5 Bürgersteigabsenkung in Höhe Röttgen/Am Deckershäuschen
- Mitteilung R Straßen und Verkehr
- 1.6 Spielstraße Ligusterweg
- Schreiben eines Anwohners
- Antwortschreiben R Straßen und Verkehr
- erneutes Schreiben von Anwohnern
- 1.7 Schulwegsicherung Am Krüppershaus
- Schreiben GGS Am Dönberg (zur Stellungnahme in der Verwaltung)
- 1.8 Beeinträchtigung des Privatweges Am Eickhof
- Schreiben eines Anwohners (zur Stellungnahme in der Verwaltung)
- 1.9 Freizeitnutzung von landwirtschaftlichen Nutzflächen
- Schreiben der Ortsbauernschaften Wuppertal – Ost und West
- 1.10 Verkehrsberuhigter Bereich Holunderweg
- Verfügung R Straßen und Verkehr
- 1.11 Pfosten an der Höhenstraße
- Verfügung R Straßen und Verkehr
- 1.12 Sperrung der Straße Oberdüsseler Weg
- Verkehrsinformation R Straßen und Verkehr

Herr Maaßen kritisiert die schlechte Ausschilderung dieser Baustelle. Mehrere Verkehrsteilnehmer seien in die Straße hineingefahren und nur mit großen Schwierigkeiten wieder heraus gekommen.

- 1.13 Baumfällungen
- Böschung Kempers Häuschen
- Mirker Hain
- Kinderspielplatz Danziger Straße
- Waldparkanlage Auf der Nüll

2 Anfragen und Anregungen an die Verwaltung

- 2.1 **Herr Stv. Gehrenbeck** weist darauf hin, dass der Wendehammer am Dahlienweg immer wieder zum Parken genutzt werde, obwohl die Größe dies nicht zulasse. Er bittet um Aufstellung eines Haltverbotsschildes.
- 2.2 Der **Bezirksvorsteher** stellt im Hinblick auf die Erneuerung der Ampelanlage Uellendahler Straße / Dönberger Straße fest, dass sich der Linksabbiegeverkehr in Richtung Dönberger Straße häufig stauet und bittet, die Ampelphase zu überprüfen.

Herr Stv. Gehrenbeck ergänzt, dass es durch den Wegfall der Ampelanlage beim Rechtsabbiegen aus der Dönberger Straße zu gefährlichen Situationen mit den Bussen komme, weil Rechtsabbieger in relativ hohem Tempo auf die Uellendahler Straße einbiegen würden.

3 Bezirksjugendrat

Herr Bialek berichtet über das Kinderfest auf der Hardt, das der BJR Uellendahl-Katernberg in Vertretung des verhinderten BJR Elberfeld mitgestaltet habe.

4 Bebauung Girardetstraße

Herr Maaßen fasst einleitend den zeitlichen Ablauf des Bauleitplanverfahrens Wilhelm-Raabe-Weg – jetzt Girardetstraße – zusammen und hebt hervor, dass Angelpunkt aller Überlegungen und Wünsche der BV immer die Erhaltung eines für Wuppertal prägnanten Landschaftsfensters gewesen sei. Er räumt ein, dass bei Behandlung der Drucksache Nr. 4060/01 am 25.10.2001 zwar von der Fachdienststelle gesagt worden sei, dass das Landschaftsfenster nur in einer stark verkleinerten Form erhalten bleiben könne, was jedoch jetzt dort entstanden sei, habe mit einem Landschaftsfenster nichts mehr zu tun.

Frau Weilbrenner stellt fest, dass die BV durchaus bereit war, Kompromisse einzugehen. Die jetzt durchgeführte Bebauung sei aber so von ihr nicht gewollt gewesen.

Herr Haarbeck verweist darauf, dass es sich beim Westfalenweg um einen historischen Straßenzug mit Blickverbindung ins Tal handle. Das hier noch vorhandene Landschaftsfenster als das Letzte seiner Art sollte auf jeden Fall erhalten bleiben. Das sei ganz klar auch in den BV-Beschlüssen zu diesem Bauleitplanverfahren zum Ausdruck gekommen. Seine Fraktion habe nun den Eindruck, als seien die Argumente der BV nicht wirklich ernst genommen worden. Es sei auch keine Hilfestellung durch die Verwaltung erfolgt, auf welche Art und Weise vielleicht ein vernünftiger und durchführbarer Kompromiss möglich gewesen wäre.

Herr Walde räumt ein, dass die Verwaltung die Bedeutung des Landschaftsfensters für die BV vielleicht etwas unterschätzt habe. Aber es habe auch hier – wie immer bei Bauleitplanverfahren – einen Abwägungsprozess zwischen Einzelinteressen und dem gesamtstädtischen Interesse gegeben, zumal es sich um ein städtisches Grundstück handle. Er ist der Ansicht, dass die Drucksache Nr. 4003/00 hinsichtlich des Landschaftsfensters nichts an Deutlichkeit zu wünschen übrig gelassen habe. Das Landschaftsfenster in der von der BV gewünschten Form bestehe nicht mehr.

Herr Maaßen weist darauf hin, dass diese Drucksache von der BV lediglich zur Kenntnis genommen worden sei. Die nachfolgende Drucksache 2001/01 sei mit Einschränkungen beschlossen worden.

Auch **Herr Stv. Dohmen** ist der Auffassung, dass die Fachverwaltung nie so klar gesagt habe, dass das Landschaftsfenster nicht erhalten bleiben könne. Er wirft der Verwaltung eine gewisse Arroganz vor.

Herr Walde bestreitet dies. Es sei nie Absicht der Verwaltung gewesen, die BV hinters Licht zu führen. Er erkenne aber im Nachhinein, dass eine bessere mündliche Kommunikation vielleicht sinnvoller gewesen wäre.

Herr Maaßen stellt fest, dass eine Bebauung dieses Grundstücks aus wirtschaftlichen Gründen verständlich sei. Nur darum habe die BV ja auch letztendlich im Grundsatz einer Bebauung zugestimmt, allerdings nicht der jetzt entstandenen. Er meint, dass solche Diskrepanzen zwischen Beschlüssen aus dem politischen Raum und der Ausführung durch die Verwaltung auch zur Politikverdrossenheit der Bürger beitragen würden.

Frau Weilbrenner zitiert den Beschluss des Ausschusses für Verbindliche Bauleitplanung vom 30.01.2001, der sich ausdrücklich dem BV-Beschluss angeschlossen habe.

Die BV sei immer der Meinung gewesen, dass ein Blickfenster ins Tal erhalten bleiben würde. Die Verwaltung hätte deutlicher machen müssen, dass dies nicht der Fall sei.

Herr Maaßen und **Herr Haarbeck** äußern abschließend die Bitte an die Verwaltung, in Zukunft mit der neuen Bezirksvertretung in ähnlich gelagerten Fällen sensibler und klarer umzugehen.

5

**Bauleitplanverfahren Nr. 1004 - Nevigeser Str./ Am Eigenbach-
(Flächennutzungsplanänderung und Bebauungsplan)
- Satzungsbeschluss
Vorlage: VO/3354/04**

Herr Maaßen wünscht von der Verwaltung eine ganz klare Aussage, wie viele Häuser und Wohneinheiten maximal erstellt werden könnten. Außerdem ist er der Meinung, dass die Kosten für verkehrliche Veränderungen in der Nevigeser Straße vom Erschließungsträger getragen werden müssten.

Herr Walde stellt fest, dass der Wunsch der BV auf konkrete Angabe der Wohneinheiten nicht erfüllt werden könne. Es handele sich hier um einen ursprünglich vorhabenbezogenen, jetzt aber „normalen“ Bebauungsplan, bei dem nicht die Möglichkeit bestehe, in einem städtebaulichen Vertrag die Zahl der Wohneinheiten festzulegen. Es könnten lediglich die Wohneinheiten pro Gebäude – zwei – festgesetzt werden, nicht aber die genaue Zahl an Gebäuden.

Die **CDU-Fraktion** verweist auf Seite 7 der Anlage 4, in der von einer Wohneinheit je angefangene 200 qm die Rede sei. Hier sei doch wohl eine Wohneinheit je volle 200 qm gemeint.

Herr Maaßen erwartet dennoch von der Verwaltung zur nächsten BV-Sitzung eine Aussage über die **maximale** Anzahl an Gebäuden und Wohneinheiten, die errichtet werden können.

6 Parksituation Am Raukamp

Herr Obstfeld stellt fest, dass die Parksituation zwischen der Einmündung Am Cleefchen und der Hatzfelder Straße nicht unproblematisch sei. Die Fahrbahnbreite betrage für jede Spur 3 m, der Gehweg weise eine Breite von 1.90 m auf und liege damit unter der vom Rat festgesetzten Gehwegbreite von mindestens 2 m. Somit sei eine weitere Einengung der Gehwegbreite durch halbachtig parkende Fahrzeuge nicht vertretbar. Da aber in jedem Fall – egal ob halbachtig oder voll auf der Straße geparkt werde – kein gefahrloser Begegnungsverkehr möglich sei, könne das Parken auf der Fahrbahn gestattet werden. Es habe bisher auch keine Unfälle gegeben, wenn Fahrzeuge auf der Straße gestanden hätten.

Frau Weilbrenner fragt, warum auf einmal das bisher immer geduldete halbachtige Gehwegparken als Ordnungswidrigkeit eingestuft werde.

Die **SPD-Fraktion** ist der Meinung, dass es bei dieser relativ schmalen Straße zu erheblichen Problemen kommen könne, wenn voll auf der Fahrbahn geparkt werde. Es sei nicht Wunsch der BV, dass dort überwacht werde.

Herr Wörder – Antragsteller – führt aus, dass die Belastungssituation für die Anwohner der Straße Am Raukamp erheblich sei. Es habe auch mehrfach kleinere Unfälle gegeben, wenn Fahrzeuge voll auf der Fahrbahn geparkt hätten.

Der **Bezirksvorsteher** verweist abschließend noch einmal darauf, dass aus den Reihen der BV keinesfalls eine Überwachung gewünscht worden sei. Hier sei gegenseitige Rücksichtnahme im Straßenverkehr erforderlich, damit der Verkehr reibungslos laufen könne.

7 Blumenkübel Wilhelm-Raabe-Weg

Die **SPD-Fraktion** stellt fest, dass durch den Fortfall des Blumenmarktes und den neu eingerichteten Parkplatz am Friedhof eine Normalisierung der Parksituation eingetreten sei, die die Entfernung aller Blumenkübel rechtfertige.

Die **CDU-Fraktion** ist der Meinung, dass heute kein Beschluss gefasst werden solle, da in Kürze die Bauarbeiten für die neue Wohnbebauung beginnen würden. Sie schlägt vor, nach Beendigung der Bauarbeiten eine Ortsbesichtigung vorzunehmen, um sich über die dann vorhandene Parksituation ein Bild zu machen.

Anwohner des Wilhelm-Raabe-Wegs erklären, dass der Friedhofparkplatz keine Besserung gebracht habe. Es werde weiterhin wild geparkt, Einfahrten würden zugeparkt und die Blumenkübel dienten nur dazu, das völlige Zuparken der Straße zu verhindern.

Die **BV** einigt sich auf die Durchführung einer Ortsbesichtigung nach Beendigung der Bauarbeiten.

8 Abbau der Signalregelung Katernberger Schulweg/Kruppstraße und Anlegung von Fußgängerüberwegen Vorlage: VO/2974/04

Beschluss der Bezirksvertretung Uellendahl-Katernberg vom 16.09.2004:

1. Dem Abbau der gesamten Lichtzeichenanlage Katernberger Schulstr./Kruppstraße wird zu Kosten von 2.600 € zugestimmt.
2. Der ersatzweisen Anlegung von allseitigen Fußgängerüberwegen im

Kreuzungsbereich Katernberger Schulweg und Kruppstraße wird zu Kosten von 2.900 € zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

**9 Verlegung der Haltestelle "Dönberger Str." in Fahrtrichtung Dönberg
Vorlage: VO/3324/04**

Die **CDU-Fraktion** bittet, die Haltestelle nicht so weit – bis in den Bereich der Insel – zu verlagern, damit der fließende Verkehr nicht behindert wird.

Beschluss der Bezirksvertretung Uellendahl-Katernberg vom 16.09.2004:

Der dauerhaften Verlegung der Haltestelle „Dönberger Str.“ um ca. 25 m in Fahrtrichtung Dönberg wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

**10 Gestaltungskriterien für Lebensmittelmärkte
Vorlage: VO/2822/04**

Für die **SPD-Fraktion** ist es lobenswert, eine bessere Gestaltung dieser Märkte anzustreben.

Sie warnt allerdings davor, daraus sozusagen ein „blindes Gesetz“ zu machen. Es müssten auch Ausnahmen möglich sein.

Herr Walde erklärt, es solle sich um eine Art Selbstverpflichtung handeln und nicht um eine sture Vorschrift.

Beschluss der Bezirksvertretung Uellendahl-Katernberg vom 16.09.2004:

Die Bezirksvertretung hat von folgendem Beschluss Kenntnis genommen:

Die Verwaltung wird aufgefordert, den vorgelegten Kriterienkatalog in Zusammenarbeit mit den entsprechenden Unternehmen/ Investoren für Ansiedlung von Lebensmittel- Discount- Märkten zu Grunde zu legen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

**11 Fällung von Einzelbäumen - Auslichtung von Grünflächen - Holzeinschläge
in den Forsten - im Winterhalbjahr 2004/2005 - Vorläufige, unvollständige
Listen
Vorlage: VO/2842/04**

Der Bericht wird ohne Beschluss entgegen genommen.

-
- 12 Straßenerneuerungsmaßnahmen im Bezirk**
Vorlage: VO/3144/04
- Die **CDU-Fraktion** weist darauf hin, dass die Maßnahme zu 4) – Gehweginstandsetzung Hans-Böckler-Straße – nicht aus den quotierten Mitteln, sondern aus den freien Mitteln der BV finanziert worden sei.
- Der Bericht der Verwaltung wird ohne Beschluss entgegen genommen.
-
- 13 Änderung des Straßenverzeichnisses zur Straßenreinigungssatzung**
Vorlage: VO/3352/04
- Beschluss der Bezirksvertretung Uellendahl-Katernberg vom 16.09.2004:**
- Die Bezirksvertretung stimmt dem Vorschlag des ESW zur Änderung des Straßenverzeichnisses zur Straßenreinigungssatzung gemäß Anlage zu und empfiehlt dem Rat der Stadt entsprechend zu beschließen.
- Abstimmungsergebnis:**
- Einstimmigkeit
-
- 14 Neuwahl einer Schiedsperson für den Schiedsamsbezirk U/5 - Uellendahl-Ost**
Vorlage: VO/3311/04
- Beschluss der Bezirksvertretung Uellendahl-Katernberg vom 16.09.2004:**
- Die Bezirksvertretung Uellendahl-Katernberg wählt Frau Eva Rösener für 5 Jahre zur Schiedsperson des Schiedsamsbezirkes U/5 - Uellendahl-Ost.
- Abstimmungsergebnis:**
- Einstimmigkeit
-
- 15 Freie Mittel**
-
- 15.1 Antrag der evang. Kirchengemeinde Dönberg**
- Beschluss der Bezirksvertretung Uellendahl-Katernberg vom 16.09.2004:**
- Die Bezirksvertretung bewilligt der Evang. Kirchengemeinde Dönberg einen Betrag in Höhe von 2.500 € aus den freien Mitteln als Zuschuss zur Erneuerung der Toilettenanlage.
- Abstimmungsergebnis:**
- Einstimmigkeit
-
- 15.2 Antrag GGS Kurt-Schumacher-Straße**
s. TOP 16
-
- 15.3 Antrag GGS Hainstraße**

s. TOP 16

15.4 Antrag KGS Leipziger Straße - St.-Michael-Schule

s. TOP 16

15.5 Antrag GGS Kruppstraße

Beschluss der Bezirksvertretung Uellendahl-Katernberg vom 16.09.2004:

Die Bezirksvertretung bewilligt der GGS Kruppstraße aus den freien Mitteln einen Betrag in Höhe von 2.050 € für Kinderliteratur und Rollbretter.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

15.6 Antrag Hauptschule Am Katernberg

Beschluss der Bezirksvertretung Uellendahl-Katernberg vom 16.09.2004:

Die Bezirksvertretung lehnt den Antrag aus rechtlichen Gründen ab, da sie für Hauptschulen nicht zuständig ist.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

15.7 Antrag der Freiw. Feuerwehren Uellendahl und Dönberg

Die **CDU-Fraktion** schlägt vor, die Anträge zu vertagen und den Stadtbetrieb Feuerwehr um eine konkretere Aussage zu diesen Anträgen zu bitten. Die vorliegende Stellungnahme sei ihr zu allgemein.

Die **BV** ist einverstanden.

15.8 Antrag Förderverein Freibad Eckbusch

Beschluss der Bezirksvertretung Uellendahl-Katernberg vom 16.09.2004:

Die Bezirksvertretung bewilligt dem Förderverein Freibad Eckbusch aus den freien Mitteln einen Betrag in Höhe von 3.800 € als Zuschuss zu Anschaffungen für das Freibad.

Diese Mittel sollen aber erst Anfang nächsten Jahres ausgezahlt werden, das die diesjährige Freibadsaison abgeschlossen ist.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

15.9 Antrag des Zentrums für Kinder und Jugendliche Röttgen

Beschluss der Bezirksvertretung Uellendahl-Katernberg vom 16.09.2004:

Die Bezirksvertretung bewilligt dem Zentrum für Kinder und Jugendliche Röttgen einen Betrag in Höhe von 1.000 € aus den freien Mitteln für die Umgestaltung eines Raumes.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

15.10 Antrag der FDP

Die **CDU-Fraktion** bittet die Verwaltung um Stellungnahme, bei welchen Spielplätzen im Bereich Uellendahl-Katernberg Sand ausgetauscht und/oder kleinere Spielgeräte erneuert werden müssen.

15.11 Antrag der CDU

Die **CDU-Fraktion** sieht diesen Antrag z. Z. als erledigt an.

15.12 Antrag GGS Am Dönberg

Die **CDU-Fraktion** bittet um Stellungnahme der Verwaltung, wo die mobilen Garderobenstände aufgestellt werden sollen und warum keine Kostenübernahme durch das Gebäudemanagement möglich ist.

16 Quotierte Mittel für die Schulen

Beschluss der Bezirksvertretung Uellendahl-Katernberg vom 16.09.2004:

1. Die Bezirksvertretung bewilligt aus den quotierten Mitteln des Verwaltungshaushalts folgende Beträge:

GS Kurt-Schumacher-Straße (Diaprojektor und Laminator)	523 €
GS Hainstraße (Spielgerätekiste)	280 €
GS Leipziger Straße (versch. Anschaffungen)	755 €

2. Die Bezirksvertretung bewilligt aus den quotierten Mitteln des Vermögenshaushalts folgende Beträge:

GS Kurt-Schumacher-Straße (Lautsprecherboxen)	1.351 €
GS Leipziger Straße (Sonnenschutzvorhänge)	1.745 €

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

Hans-Joachim Lüppken
Bezirksvorsteher

Erika Wawersig
Schriftführerin